

### Sträßer, Brüning und die Gewerkschaftsführer

So wird die faschistische Zwangsarbeit vorbereitet

Die Nationalsozialisten machen die größten Anstrengungen, in die Arbeiterklasse einzudringen. Ihre ganze Tatkraft der letzten Zeit und besonders nach den Wahlen ist darauf eingestellt. In dieser Hinsicht ist die Rede des Reichs-Abgeordneten Sträßer am Reichstag von besonderem Interesse. Diese Rede ist allgemein als ein Versuch der Annäherung der Nazis an das Zentrum gedeutet worden. Die bürgerliche Presse hebt ohne Ausnahme den „ruhigen“ Ton der Rede hervor und eine bürgerliche Zeitung schreibt, daß Sträßer „majestätisch, verantwortungsbewußt wie ein kommender Minister“ gesprochen habe. Zweifellos ist die Sehnsucht der Nationalsozialisten nach Ministerposten unbeymessenlich, und diese Sehnsucht hat Sträßer den „majestätischen“ Ton diktiert.

Aber die nationalsozialistischen Führer müssen auch — und es wissen vor allem ihre Auftraggeber, die Kapitalisten —, daß eine Koalitionsregierung mit Nationalsozialisten, die ein Schritt weiter auf dem Wege zur Durchführung der faschistischen Diktatur ist, auf den erbittertesten Widerstand der Arbeiter setzen wird. Deshalb unternehmen Sträßer in seiner Rede in gleich dem Versuch, den zu erwartenden Widerstand der Arbeiter zu brechen, indem er sich „arbeiterfreundlich“ gebärdet und die Hebereinkunft der Nationalsozialisten mit den reformistischen Gewerkschaften in verschiedenen Punkten feilscht. Er lobt den „Arbeitsvertrag“ des ADGB, der einen „vernünftigen Standpunkt“ eingenommen habe und erklärte: „Über das Arbeitsbeschaffungsprogramm dieser Gewerkschaften läßt sich reden. Wir sind bereit, daran mitzuarbeiten und schon in dem, im Organ der „Freien Gewerkschaften“ von Westphalen dafür entwickelten Finanzierungsplan viele Gebanren, die unsere Gebanren sind.“

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, dieses schwerkapitalistische Blatt, das von der Subventionierung durch die Reichsbahndirektion lebt und das die NSDAP in jeder Beziehung unterstützt und stürmisch ihre Einbeziehung in die Regierung fordert, stellt ohne sonderliche Aufregung fest, daß Sträßer „gewerkschaftliche Gebanren in den Vordergrund“ gestellt habe. Die DAZ weiß die soziale Demagogie der Nationalsozialisten zu würdigen. Der Zweck heiligt die Mittel.

Daß es den Nationalsozialisten möglich ist, eine solche Demagogie anzuwenden und ihre „Arbeiterfreundlichkeit“ in den Vordergrund zu stellen, ist die Folge der Politik der Sozialdemokratischen Partei und der reformistischen Gewerkschaften. In der Tat ist der Hauptinhalt der Tätigkeit der SPD und der reformistischen Gewerkschaften die Erhaltung des kapitalistischen Systems. Da dies auch die Aufgabe der Nationalsozialisten ist, ergibt sich in der Politik der SPD und der reformistischen Gewerkschaften einerseits und der Nationalsozialisten andererseits Hebereinkunft in verschiedenen Fragen, so auch in dem Arbeitsbeschaffungsplan der reformistischen Gewerkschaften. Denn dieser Arbeitsbeschaffungsplan enthält in der Tat eine Reihe von Forderungen, die die Nationalsozialisten bisher vertreten haben, einschließlich der Inflationspolitik.

Der Reichsanstalt Brüning, der nur dank der sozialdemokratischen Tolerierung seinen Amtverordnungsstatus durchzuführen kann, erklärte in seiner geistigen Reichstagsrede sich ausdrücklich mit einem wesentlichen Teil der Sträßer'schen Forderungen einverstanden. Nazis, Regierung, SPD- und Gewerkschaftsführer haben keinerlei prinzipielle Gegensätze. Die Rede Sträßer und ihr Widerhall zeigt einmütig den Nazis, wie sehr die NSDAP mit dem herrschenden „Sozialismus“ politisch verflochten ist, andererseits die gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, wie die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer der arbeitserfreundlichen faschistischen Arbeitsdienstpflicht in die Hände arbeiten.

Die reformistischen Gewerkschaften und die SPD erweitern sich durch ihre Politik als die Schrittmacher und Wegbereiter des Hitlerfaschismus. Die Tatkraft findet u. a. auch ihren Ausdruck in dem Ueberlaufen sozialdemokratischer Staats- und Gemeindebeamten zu den Nationalsozialisten. Das Blatt der Sendemikro, die „SWF“, lobt in Sträßer's Rede den Versuch, die reformistischen Gewerkschaften von der SPD zu trennen und verweist während auf das Beispiel Italien, wo dies dem Faschismus gelungen sei. In der Tat sind in Italien eine ganze Garballe der reformistischen Gewerkschaftsführer in das Lager des Faschismus hinübergewandert, nachdem sie ähnlich wie in Deutschland, dem Faschismus den Weg bereitet hatten. Die Sendemikro-Rosenfeld erweilen sich aber auch in diesem Falle als die linke Flügel der Sozialdemokratie, indem sie die Behauptung aufstellen, daß das italienische Beispiel in Deutschland unmöglich sei. Sie halten damit die betrügerische Behauptung aufrecht, daß die reformistischen Gewerkschaftsführer grundsätzliche Gegner des Faschismus und Vertreter der Arbeiter seien.

Die Nationalsozialisten könnten niemals eine solche soziale Demagogie, wie sie Sträßer betrieben hat, erheben, wenn die reformistischen Gewerkschaften in der Tat sich für die Interessen der Arbeiterklasse einsetzten und die in den Gewerkschaften organisierte Kraft der Arbeiter anzuwenden würden, um den Raub der Erwerbslosenunterstützung, und den Lohnraub zu verhindern. Wenn die Klassenfronten von den reformistischen Gewerkschaften nicht bewahrt werden und die reformistischen Gewerkschaftsführer nicht selbst die besten Helfer des Kapitalisten bei ihren Raubzügen gegen die Arbeiter darstellen, könnten sich die Nationalsozialisten nicht als „Freunde der Arbeiter“ aufspielen, sondern müßten sofort und klar als faschistische Streikbrechergarde auftreten.

Heute steht die Hoffenbrennende Arbeiterklasse unter der Führung der kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition vor der Aufgabe, das weitere Eindringen der Nationalsozialisten in die Arbeiterklasse, die Verleumdung größerer Teile der Arbeiter durch die faschistische Ideologie zu verhindern und gleichzeitig den Einsatz der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaftsführer in der Arbeiterklasse zu brechen.

In diesem Zwecke muß in den Betrieben, in den Gewerkschaften und an den Stempellen sowie in öffentlichen Versammlungen eine ideologische Offensive gegen den Hitlerfaschismus auf dreier Grundlage entfaltet werden. Man muß die Nationalsozialisten als Stützen der Kapitaldiktatur entlarven, ihre Methode des Betrugs und Terrors anprangern. Der wirkungsvolle Schlag jedoch gegen das weitere Eindringen der Nationalsozialisten in die Arbeiterklasse ist die Aufstellung der Einheitsfront aller Arbeiter zum Kampf gegen den Lohnraub der Unternehmer und gegen den Abbau der sozialen Unterhaltungen, die Entfaltung der Klassenfront des Proletariats im Kampf gegen die Bourgeoisie.

### Bauarbeiter, verbreitert die Streikfront

Für Sachsen droht Lohnraubbedrohungsdruck. Neue Streiks in Berlin und Heidelberg. Streikflüge in Solingen und Boitrop. Rote Einheitsfront führt Bauarbeiter zum Sieg

Trotz der Verhufe der Bürokratie des Bauarbeiterbundes, die Arbeiter zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen, wird auf einigen Baustellen in Dresden und in der Umgebung weiter gestreikt.

Nach den letzten Schiedsentscheidungen, die jetzt für eine Reihe von Tarifgebieten der Bauarbeiter gefällt wurden, soll auch in Sachsen nach in diesen Tagen die Entscheidung fallen. Da die Unternehmerforderungen fast von allen bisherigen Schiedsentscheidungen weitestgehend erfüllt wurden, ist auch mit einem 20-30prozentigen Lohnabbau für die sächsischen Bauarbeiter zu rechnen.

Diesen Lohnabbau können die Bauarbeiter unter keinen Umständen hinnehmen. Deswegen steht vor ihnen die Aufgabe, die Streikfront zu weiten und zu verbreitern. Auf jeder Baustelle muß die Streikfront verstärkt werden. Jeder Kollege muß für den Kampf gewonnen und so die einheitliche Streikfront hergestellt werden. Nur so können die Bauarbeiter den drohenden Lohnraub verhindern.

Folgt deshalb nicht der Gewerkschaftsbürokratie, die euch nur vom Kampf abhalten will und damit den Unternehmern hilft, ihre Lohnraubpläne durchzuführen.

Beharrt im Kampf! Verbreitert die Streikfront! Kämpft geschlossen und einheitlich gegen die geplanten Hungerlöhne. Tutet keinen Pfennig Lohnabbau!

Im Reiche steht die Bauarbeiterklasse an vielen Stellen geschlossen im Kampf. In Berlin sind neue Baustellen in den

Streik getreten. In Wilhelmshafen und Weihenfeld haben sächsische Bauarbeiter im Streik. Gemeinsam kämpfen sozialdemokratische, christliche, nationalsozialistische und parteilose Arbeiter mit ihren kommunistischen Kollegen gegen den Lohnraub.

Am 9. Mai sind die Arbeiter Heidelberg gegen einen 30- bis 40prozentigen Lohnabbau geschlossen in die Streikfront eingetreten.

In Solingen und Boitrop (Westfalen) gelang es der Geschlossenheit der Bauarbeiter die Unternehmer zur Auszahlung des alten Lohnes zu zwingen.

Überall wächst die Kampfstimmung. Die Streikfront verbreitert sich. Dem geschlossenen Kampfwillen der Bauarbeiter sind selbst die Verhufe der Gewerkschaftsbürokratie, die Streiks abzumürgen, gescheitert. Die rote Einheitsfront wird die Streikenden zum Siege führen.

### Eisenbahner kämpfen gegen Entlassung

Cöpen, 12. Mai. (Eig. Drahtbericht)

Wie bei Redaktionschluss bekannt wird, demonstrierte gestern während der Arbeitszeit um 9 Uhr die gesamte Belegschaft des Reichsbahnausbesserungswerkes Cöpen erneut vor dem Verwaltungsgelände gegen die angeordneten Massenentlassungen. Unter diesem Druck mußte der Direktor dann vor der Belegschaft sprechen. Mittags fand eine Verammlung statt, die weitere Kampfmaßnahmen beschloß.

### Tiefer in den Bonkrott

Brüningrede im Reichstag. Gen. Kädel antwortet kapitalistischen Bonkrottpolitikern

Die Mittwochsrede des Reichstages begann mit einer Rede des Abgeordneten kleinerer Parteien. Erwähnungswert ist nur dabei, daß der Abgeordnete der Bonkrottpolitikern G. Kädel erklärte, das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Nationalsozialisten sei das beste wie das Programm des Reichsfinanzministers. Der Abgeordnete, Abgeordneter und Sprecher der Deutschen Volkspartei, Dr. Hugo, verlangte in seinen Ausführungen die Finanzierung der Nationalsozialisten in die Regierung und sprach den Wunsch zu einer baldigen Einigung des Juntas- und der Nationalsozialisten in den kommenden Koalitionsverhandlungen aus.

### Die Brüningrede

Als Reichsanstalt Brüning die Rede hielt, fällt ihm das Wort: Die Kommunisten bezwingen den Reichsanstalt mit dem Wort: „Was kommt die nächste Regierungsform?“ Wiederholt kommt es bei den Ausführungen des Kanzlers zu hitlerischen Unterbrechungen durch die Kommunisten. Die Nationalsozialisten verhalten sich mäßig, so ruhig, als ob sie schon Regierungserbitter seien. Brüning führte aus:

Es ist verständlich, daß die Herren der Völker des Tempo, das heute überall auf den internationalen Konferenzen herrscht, nicht ertragen können. Abklärung, Reparationen und allgemeine Weltfriede sind heute nicht mehr von Bedeutung. Die Welt ist heute in der Krise.

Die wirtschaftliche Weltlage ist zu schlimm, die politische Herosität, die aus dem ungleichen Nützlichkeitsverhältnis erwächst, ist zu groß, als daß für heimliche Auseinandersetzungen über Einzelpunkte Zeit wäre. Die Not der Völker steht nicht still, sondern schreitet immer schneller vorwärts.

Die Krise wird in den nächsten Wochen und Monaten auf der ganzen Welt zu ungeheurer rasche Fortschritte machen, daß ein Wort auch nur um Wochen oder Monate die Welt in eine Situation hineinbringt, aus der nicht mehr sein kann einen

haben keinen Ausweg mehr. Der Ausweg ist der Sozialismus, Kundgebungen der Kommunisten, Winternationale Jururie: Ihr habt keinen Ausweg mehr. Der Ausweg ist der Sozialismus. Die Sozialisten sind das Beispiel.“

Die Zeiten, in der die Staatsmänner mit allen vornehmen Worten über die Dinge sprachen, sind meiner Meinung nach überdauern noch ein wenig vorbei. (Gemeine kommunistische Jururie: Die Ausbeutung der Völker ist unmöglich.) Ich glaube nicht, daß angesichts dieses Komplex der Wirtschaftskrise, man in der Lage ist, mit den Taktiken von Väterchen, hier in Deutschland aber anderswo in der Welt, die Dinge wesentlich zu bessern.

In seinen weiteren Ausführungen richtete sich der Reichsanstalt Brüning an die Arbeiter der Nationalsozialisten und erklärte: Das muß ich einmal feststellen: Ich bin mit meinen Mitarbeitern durchaus zugänglich gegenüber jeder Art von Kritik, auch wenn sie noch so hart ist. Ich bin als Reichsminister verpflichtet, an die Nationalsozialisten eine Warnung und eine Bitte auszusprechen: „Seien Sie bitte in Ihren Privatunterhaltungen mit ausländischen Politikern etwas vorsichtiger!“

Ich habe die Ausführungen des Herrn Sträßer außerordentlich interessiert angehört, weil sie sich zu einem ganz großen Teil auch gegen mich und meine Regierung richten. Die Reichsregierung hat in Vorbereitung der nächsten Reichstagsperiode (die Kommunisten) diese Ausführungen gelesen und auch mit dem Arbeitsbeschaffungsplan der Herren Nationalsozialisten, ich brauche wohl nicht besonders ausgeführt, daß ich mit ihnen einig bin.

Die Antwort der Kommunisten auf die Ausführungen des Reichsanstalters von Brüning, insbesondere im Hinblick auf die Arbeitsbeschaffung, gab in allgemeiner Rede, unter allseitiger Aufmerksamkeit, Gen. Kädel, der den Redner führte, daß die betrübende Krise keinen anderen Ausweg aus ihrer wirtschaftlichen Weltlage hat, als noch härtere Ausplünderung der Völker. Wir kommen auf diese Rede noch zurück.

### Die Pläne der Nazis

Schafft die rote Einheitsfront gegen Unternehmer, Nazis und Gewerkschaftsbürokratie

Die Dresdner Nachrichten, das Jugendorgan, veröffentlicht folgende Meldung:

„Das gestern von dem nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Sträßer vorgetragene Arbeitsprogramm wird die Basis einer neuen großen Propagandawelle sein, die Mitte des Monats im ganzen Reich beginnen wird. Die Nationalsozialisten haben nicht weniger als 22000 Verammlungen im ganzen Reich für die nächste Zeit vorbereitet, die ausschließlich der Propaganda für ihr Arbeitsbeschaffungsprogramm gewidmet sein werden. Dabei geht die Absicht der Nationalsozialisten dahin, insbesondere die örtlichen Gewerkschaftsführer zu einer Auseinandersetzung zu zwingen. Man wird mit diesem Arbeitsbeschaffungsprogramm den bereits geltenden Sträßer'schen begonnenen Versuch weiterführen, die Gewerkschaften von der parteipolitischen Bevormundung der Sozialdemokratie und des Zentrums nach Möglichkeit zu trennen. Außerdem wird in den nächsten Tagen ein Aufruf Hitlers an die Mitglieder der linksgerichteten Gewerkschaften erscheinen, in denen sie aufgefordert werden, sich mit ihren politischen Führern kritisch auseinanderzusetzen. Die Tendenz geht also dahin, insbesondere die SPD von jenen der gewerkschaftlich orientierten Arbeiterklasse hier zu erschüttern. Nachdem die Mittelparteien in den letzten Wahlen aufgegeben worden sind, wird sich die gesamte nationalsozialistische Initiative in der Richtung auf eine Zerbrechung der marxistischen Parteien erstrecken.“

Diese Meldung bestätigt das, was wir bereits in dem nebenstehenden Artikel ausgesprochen haben. Die Nazis wollen fest, gestützt auf die arbeitserfreundliche Politik der Gewerkschaftsbürokratie mit sozialen Phrasen und großzügigen Betrugsmaßnahmen die Arbeiterklasse betonen, um Teile davon an sich zu ziehen.

Diese Pläne der Nationalsozialisten können von der ständigen Arbeiterklasse nur unter Führung der KPD und ADO durchkreuzt werden. Die KPD und ADO haben an die deutsche Arbeiterklasse in ihrem Aufruf allen Arbeitern die Einheitsfront zum Kampf gegen den Lohnraub und alle anderen Raubmaßnahmen der Unternehmer angeboten. Die Einheitsfront von sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen, parteilosen und kommunistischen Arbeitern zu schaffen, ist das Gebot der

### Wettervorauslage

Zeitweise aufsteigende Winde aus westlichen Richtungen. Nur vorübergehend etwas Bewölkungssteigerung. Ostlich Nebel. Etwas Temperaturzunahme. Gewitterneigung, sonst nur vorübergehend leichte Niederschläge.

Stunde. Diese gemeinsame Kampffront allein wird imstande sein, den geplanten Vorstoß der Nazis zurückzuschlagen, wie jeden neuen Versuch der Gewerkschaftsführer unwirksam zu machen.

### Schwere Gefängnisstrafen für Arbeiter

Leipzig, 10. Mai.

Das Leipziger Schöffengericht verhandelte gestern gegen den Arbeiter Reumann, der beschuldigt war, einen Polizeibeamten am 9. November des vorigen Jahres tödlich angegriffen zu haben. Bei einer von Nazis provozierten Schlägerei griff ein Polizeibeamter ein und wurde ihm gegen die Arbeiter, Reumann soll ihm dann in der Erregung den Schmittknüttel gegen den Kopf geschlagen haben, worauf der Beamte die Pistole zog. Reumann habe ihn dann den Knüttel vor die Füße geworfen, wofür er jetzt wegen schweren Missetats (1) zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

### 118 Monate Gefängnis

Stettin, 10. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Vor dem Oberlandesgericht fand heute eine Verhandlung wegen Mißbrauchs und Zulassens von 15 Arbeiter und Arbeiterinnen statt. Anlaßlich einer Ermittlung in Torgelow sollen die Angeklagten gegen den Gerichtsvollzieher und die Polizei eine „drohende Haltung“ angenommen haben. Es wurde eine Gesamtstrafe von 118 Monaten Gefängnis verhängt. Die Strafbüße liegt zwischen 6 bis 10 Monaten.

### Die Bomag ist bleite

Die Postkämmler Maschinenfabrik, die sich schon seit einiger Zeit in Zahlungsunvermögen befindet, hat nunmehr offiziell ihren Konkurs angemeldet. Der Betrieb gehört zu den größten in Deutschland. Die empfindliche Krise der Bomag stellt einen weiteren Beitrag zur Verhängung der kapitalistischen Krise in Deutschland dar.

### Bauernaufstand in Jugoslawien

Wien, 11. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Wie aus Jugoslawien berichtet wird, sollen dort Kämpfe gegen die Regierung ausgebrochen sein. Die Regierung solle demontieren diese Gerüchte noch, doch erscheint es als sicher, daß ein großer Bauernaufstand ausgebrochen ist. In der Grenzstadt Marburg sind angeblich auch Offiziere wegen eines Komplottes verhaftet worden.